

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 26

**Artikel:** Bankrott des Systems : das politische Grundmotiv der polnischen Unruhen  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092656>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

11. Jahrgang Nr. 26  
Erscheint alle zwei Wochen  
Bern, 30. Dezember 1970

Das politische Grundmotiv der polnischen Unruhen

## Bankrott des Systems

Gomulkas Sturz fand an einem Schnittpunkt von Arbeiteraufständen und parteiinternen Intrigen statt. Die Arbeiteraufstände waren der Kulminationspunkt einer sozialen, politischen und intellektuellen Unzufriedenheit, die sich seit dem sowjetischen Restalinisierungskurs und der damit verbundenen Resatellisierung Polens nach 1965 in verschiedenen Revolten landesweit geäussert hat, obwohl sie mit zunehmender Brutalität unterdrückt worden ist. Die Parteiintrigen hatten offenbar als Seilziehen zwischen den «Partisanen» nationalfaschistischer Färbung und den «Technokraten» begonnen (soweit solche Gruppierungen und ihre Zugehörigkeiten in einer geschlossenen Machtoligarchie auszumachen sind), unter denen Gomulka so lange Schiedsrichter spielte, bis er abgenützt war; nunmehr avancieren sie anscheinend beide auf seine Kosten, nachdem die liberalen Exponenten schon längst entweder ausgeschaltet worden sind oder umgeschaltet haben. Die Unruhen in Nordpolen waren der Anlass zum Führungsrevirement, die Konstellationen im Machtapparat bestimmten seine Opfer.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### IN DIESER NUMMER

- |  |    |
|--|----|
| <b>Glaubensrenaissance in Russland</b> | 5  |
| Von Valerij Tarsis                     |    |
| <b>Wie ich die UdSSR verliess</b>      | 6  |
| Ein jüdischer Ingenieur berichtet      |    |
| <b>«Ich kämpfte für den Frieden»</b>   | 8  |
| Aus den Erinnerungen von Ervin György  |    |
| <b>Wie vergessen ist Tibet?</b>        | 10 |
| Von Franz Glaser                       |    |



Das Revirement in Warschau brachte nicht nur den sogenannten «Technokraten» Gierek an die Parteispitze, sondern auch den Hauptvertreter der «Partisanen-Gruppe» ins Politbüro. Mieczyslaw Moczar (eigentlicher Name Nikolaj Demkow) übte schon, ohne dem engsten Parteigremium anzugehören, seine Kontrolle über den Sicherheitsdienst, die Miliz, dem Frontkämpferverband mit 800 000 Mitgliedern (hier ist Moczar mit Veteranen dieser Vereinigung zu sehen) und grosse Teile der Armee aus. Er ist doktrinär und war hauptverantwortlich für die antisemitische Kampagne der letzten Jahre. Gomulka gab ihm drei Jahre lang stark nach, ohne dass ihm das jetzt viel genützt hätte.

**Bankrott des Systems**

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Bankrott des persönlichen Regiments von Wladyslaw Gomulka ist freilich offensichtlich geworden, und es ist diese Offensichtlichkeit, die er mit seinem ebenfalls offensichtlichen Sturz bezahlen musste.

Indessen geht es nicht an, und das muss gerade in unserer ideologisierten Welt von heute denn doch sehr nachdrücklich festgestellt werden, es sei bei der Feststellung von persönlicher Verantwortung, von Fehlern, von wirtschaftlichen Misserfolgen und dergleichen bewenden zu lassen.

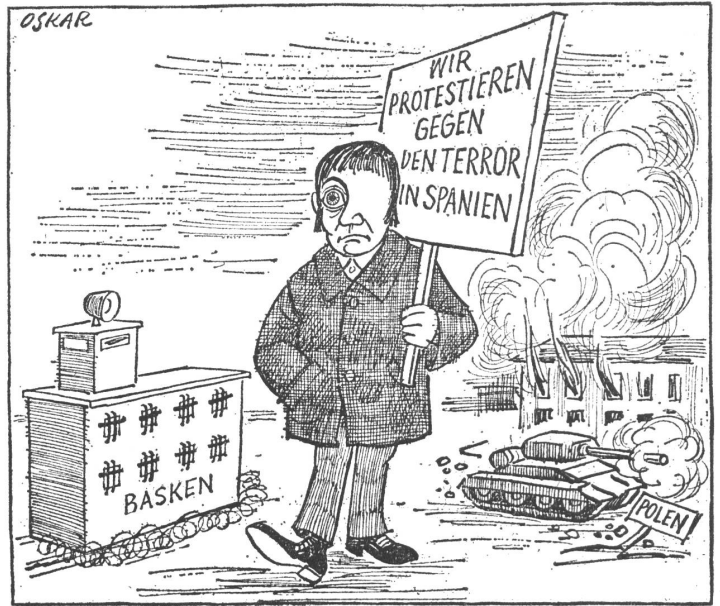
Wenn in irgendeinem auch nur halbwegs entwickelten Land, in welchem die Durchschnittsverdiener Monatslöhne im Wert von 400 oder 500 Franken haben, die Arbeiter auf die Strasse gehen, weil ihnen Preissteigerungen bei gleichzeitiger Normenerhöhung eine faktische Lohninbusse von gut 30 Prozent bringen, dann stellt man üblicherweise nicht in erster Linie die Frage nach den bisherigen und zukünftigen wirtschaftlichen Massnahmen und was dergleichen Dinge mehr sind, sondern man stellt grundsätzlich die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Und man verbindet sehr häufig diese Frage mit der Forderung nach dem Sturz besagter Ordnung, die ihr soziales Versagen so krass bewiesen hat. Besteht irgendein Grund, diese Forderung auf Polen nicht anzuwenden? Ich weiss keinen, ausser der Angst, als Antikommunist und «kalter Krieger» dazustehen, eine Möglichkeit, zu deren Vermeidung man eine Inkonsequenz offenbar gerne in Kauf nimmt.

**Arbeiter gegen Arbeitermacht**

Dafür besteht ein zusätzlicher Grund, auf den Bankrott der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Polen hinzuweisen.

Denn es ist ein Bankrott auf jenem Gebiet, das im Selbstverständnis der sozialistischen, das

Karikatur «Berliner Morgenpost».



heisst kommunistisch regierten Länder gerade seine grundsätzliche Güte ausmacht, auf dem sozialen Sektor. In all diesen Ländern duldet das angebliche Interesse des Proletariats ohnehin keine Individualrechte, ohnehin keine Freiheit des Andersdenkenden, ohnehin keine Opposition, ohnehin keine Abweichung von der geltenden Interpretation der ohnehin «richtigen» Lehre. Das alles ist geopfert zugunsten der «Diktatur des Proletariats». Wenn es sich aber nun gut ein Vierteljahrhundert nach Einführung des Sozialismus herausstellt, dass nicht einmal jenes Postulat erfüllt ist, dass die Arbeiter, die vielzitierten werktätigen Massen, für die totale Aufgabe der persönlichen Freiheiten nicht einmal jene soziale Sicherstellung eingehandelt haben, die ihnen die kapitalistischen Länder bieten, was bleibt eigentlich übrig, was sich zugunsten der sozialistischen Ordnung in die Waagschale werfen liesse?

**Ein gedankliches Paradox und die tatsächlichen Zustände**

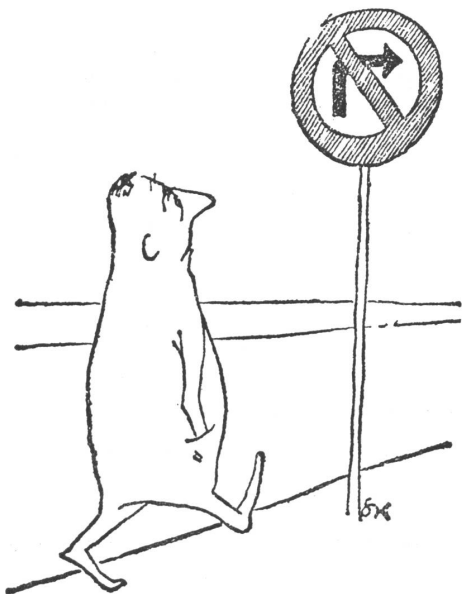
Wer bei uns für die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus plädiert, argumentiert häufig damit, dass das Postulat der sozialen Gerechtigkeit vor dem Postulat der persönlichen Freiheit die Priorität haben müsse. Bei vergleichender Betrachtung der sozialen Zustände in den sozialistischen Staaten (wo die Kette der Arbeiteraufstände seit 1953 nur Schlaglichter auf die permanente Situation wirft) und in den entwickelten westlichen Ländern kommt man nicht um die Feststellung herum, dass sogar dieses Argument eigentlich eher dazu führen sollte, die Ablösung der gesellschaftlichen Ordnung in den kommunistisch regierten Ländern zu fordern als bei uns. Das ist ein gedankliches Paradox, gewiss, aber es ist nicht meine Schuld, dass es den tatsächlichen Zuständen entspricht.

Dem Einwand, dass die Güte des Sozialismus nicht an dem gemessen werden dürfe, was in diesen Ländern praktiziert wird, werde ich in jenem Moment voll beipflichten, da die Befürworter des «Sozialismus» aufhören, die kommunistisch regierten Länder von heute sozialistisch zu nennen, um eindeutig kundzutun, was ihr Ideal nicht ist. Man kann sie ja faschistisch nen-

nen, weil ihre Machtausübung sich in nichts von dem unterscheidet, was man andernorts sogar in erheblicher Verdünnung so bezeichnet. Im übrigen haben Sowjets und Chinesen einander lange genug so tituliert, so dass die Bezeichnung auch ihre ideologische Beglaubigung hat, wenn es schon darauf ankommt.

Wenn in einem «westlichen» Land gegen demonstrierende Arbeiter Panzer und automatische Waffen eingesetzt würden, wenn der Beschuss aus Armeehelikoptern unter der demonstrierenden Menge ein Blutbad anrichten würde (wie es laut Andreas Kohlschütter im «Tages-Anzeiger» in Gdynia geschehen ist), wenn das Vorgehen von Polizei und Militär gegen die Zivilbevölkerung Dutzende von Todesopfern und ungezählte Verletzte fordern würde, dann würde die Solidarität mit den Niedergewalzten in sämtlichen europäischen Hauptstädten ihre gewaltigen Wellen der Empörung auf die Strassen und an die Vertretungen des betreffenden Landes werfen. Nein, ich fordere kein analoges Vorgehen im Falle von Repressionen sozialistischer Staaten. Ich habe aus politischen Gründen noch keine Scheibe eingeschmissen, weder so noch so. Aber ich fordere auf, über die Glaubhaftigkeit von Demonstranten gegen Repressionen nachzudenken, die offenbar gegen ungleich grössere Repressionen nichts einzuwenden haben, sobald sie in kommunistisch regierten Ländern stattfinden. Und wenn sie bei ihren Protesten noch die Machtsymbole jener Länder mit dem grössten Ausmass an Repression schwingen, dann sind sie offenbar nicht für weniger, sondern für mehr Repression, dann sind sie offenbar nicht gegen den Faschismus, sondern für den Faschismus, auch wenn sie ihn «Sozialismus» nennen, was ja Hitler auch schon getan hat.

Ungleichgewichtig scheint mir auch die Reaktion der öffentlichen Meinung und ihrer Formulierer. Ich mag einiges übersehen haben, aber ich kann mich nicht erinnern, im Zusammenhang mit dem Vorgehen der polnischen Machthaber gegen die demonstrierende Bevölkerung das Wort «Verbrechen» oder analoge Ausdrücke gelesen zu haben; an wertenden Ausdrücken selbst zu viel schwächeren Terrormassnahmen von nichtkommunisti-



Karikatur von «Polityka», Warschau, 4. November 1967. Die Abbiegung (zum Beispiel Richtung Reformen) ist zugleich geboten und verboten.

schen und nichtdemokratischen Regimes fehlt es doch sonst im Zeichen des «notwendigen politischen Engagements» keineswegs. Dem allfälligen Hinweis darauf, dass schliesslich die polnische Führung selber die Konsequenz gezogen habe, ist entgegenzuhalten, dass man sich auch in der Zwischenzeit jener «billigen Polemik» enthielt, die nach «rechts» sonst obligatorisch ist, abgesehen davon, dass diese Logik seinerzeit beispielsweise bei den diversen Regierungswechseln in Saigon nicht angewandt worden war. Und Regierungschef Cyrankiewicz, der Standrecht und Schiessbefehl im ganzen Land verkündete, bleibt in der Führung (jetzt als Staatspräsident).

Der deutsche Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid, eine der repräsentativsten politischen Persönlichkeiten der BRD, der mit der Brandt/Scheel-Delegation in Warschau gewesen war, erklärte nach Ausbruch der Unruhen in Polen, es sei «ganz falsch», diese Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen als den Beginn eines Aufstandes einzuschätzen (laut Ministerpräsident Cyrankiewicz und laut dem neuen Parteichef Gierek haben diese immerhin den Bestand der Nation bedroht): «Ich habe dort keinerlei Indiz dafür gefunden, dass die Leute ihr Regime hassen.» Dort — das waren ja wohl die Gesprächs- und Empfangsräume des fraglichen Regimes; aber vielleicht kamen auch ein paar Gespräche mit einfachen Leuten zustande; die hätten es dem hohen Gast mit seiner polnischen Begleitung ja sicher gesagt, wenn sie das Regime gehasst hätten, das ist doch so sonnenklar wie die ganze westdeutsche Regierungsoptik, die aus diesen Sätzen spricht.

Aber natürlich hassen die Leute ihr Regime nicht; weshalb hätten sie sonst just die Partei- und Verwaltungsgebäude in Brand gesteckt?

### Die Erbitterung reicht viel tiefer

Nein, die Erklärung mit den jüngsten Preissteigerungen reicht nirgends hin. Der Dezember 1970 war viel mehr als das. Er war die ganze, restlos desillusionierte Verbitterung über das, was aus dem «polnischen Oktober» 1956 geworden ist.

Gomulkas Abgang unter diesen Begleiterscheinungen ist symptomatisch. Er war der Mann, der vor 14 Jahren die Hoffnung verkörperte. Aber

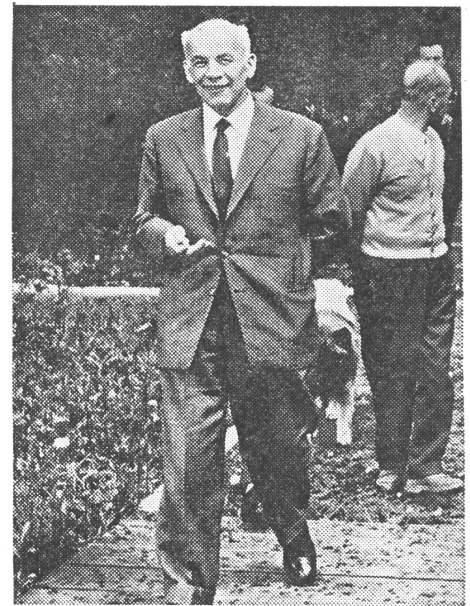
mit der Restalinisierung in der Sowjetunion (ja sogar noch etwas früher) wurde er nolens-volens (das spielt bei Satrapen keine grosse Rolle) zum Symbol dafür, dass die kleine Freiheit, die er gewährt hatte, zusehends einging, und dass die grössere Freiheit, die er zu verheissen schien, wieder zur grossen Unfreiheit wurde. Heute beweist sein politisches Ende unter anderem, dass in kommunistischen Ländern die Hoffnungen, die man an Machträger knüpft, deshalb illusorisch bleiben, weil das politische System unter Moskauer Obergabe ihre Erfüllung noch nie zugelassen hat.

Noch mehr hat sich im Verlauf dieser 14 Jahre die Kluft zwischen Volk und dem Machtapparat in seiner Gesamtheit vertieft. Dass ein sozialistisches Regime zu der gigantischen Sozialmisere geführt hat, die der Dezember 1970 blosslegte, ist schon schlimm genug, aber darüber hinaus ist die Bevölkerung in den letzten Jahren systematisch ihrer elementarsten Freiheitsrechte beraubt worden, von deren Wiedergewinnung unter Gomulka (und Chruschtschew) sie geträumt hatte. Der Pole von heute ist sich vollkommen bewusst, dass ihn seine Obrigkeit belügt, betrügt, ausbeutet und bedroht.

### Der dritte Aufstand in drei Jahren

Gerade die letzten drei Jahre haben gezeigt, wie die nach dem «halb» erfolgreichen Aufstand von Posen 1956 zurückgegangene Erbitterung wieder angestiegen ist.

1967 kam es zur niedergeschlagenen Arbeiterrebellion von Nova Huta. Im Frühjahr 1968 herrschten namentlich unter der studentischen Jugend landesweite Unruhen, auf welche man mit einer gewaltigen Säuberung unter den Intellektuellen und einer antisemitischen Entjudungskampagne von klassisch faschistischem Zuschnitt reagierte (ihr Haupttreiber, Mieczyslaw Moczar, ist jetzt ins neugebildete Politbüro aufgenommen worden), was allerdings im Westen zu keinerlei Solidaritätsmanifestation führte, es sei denn, dass man offiziell die freundschaftlichen Kontakte mit dem Machtapparat zu stärken suchte. Die jüngsten Unruhen waren der dritte Aufstand innerhalb von drei Jahren, abgesehen von den Tausenden von Fällen einzelner Auflehnung und entsprechender Repression.

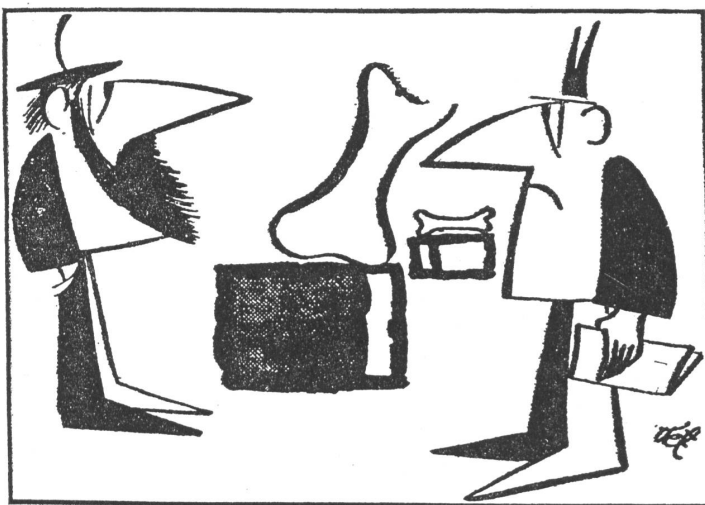


Gomulka, Mai 1970.

Eine Konfrontation zwischen Regime einerseits und den Studenten, Intellektuellen, Kirchen und Religionen andererseits, sind dem jüngsten Aufstand auf verschiedenen Ebenen vorausgegangen. Es ist hier zunächst auf die dramatische Zuspitzung der Gegensätze zwischen Kirche und Staat und auf eine Wiederauflebung des Antisemitismus in einem längst nicht mehr dagewesenen Masse hinzuweisen. Dazu kam die Entfremdung zwischen Parteifunktionären und marxistischen Intellektuellen, deren Ausschluss aus der Partei sowie ihre offene Verfolgung, unter anderem mit Verhaftungen und Zuchthausstrafen. Schliesslich machte Gomulka 1967—1968 Schluss mit den Studenten, die ihm 1956 zugejubelt hatten. Für die Partei war es zweifellos der grösste Schlag, dass gerade die Töchter und Söhne der Neuen Klasse das von ihren Eltern errichtete Establishment ablehnten und sich dagegen wendeten. Als sie 1968 die Warschauer Universität erstürmten, liess sie Gomulka schliessen, entliess Professoren und sperrte Studenten ein. Andere — das Gros der Warschauer Studenten — wurden exmatrikuliert. Man entzog ihnen einfach das Stipendium oder berief sie sofort zum Militärdienst. Als die Oekonomen Modzelewski und Kuron eingesperrt wurden, sahen manche Intellektuelle (wie der marxistische Philosoph Leszek Kolakowski) keinen andern Weg, als ins Ausland zu gehen. Er doziert heute in Kalifornien. Sein berühmter Kollege Adam Schaff blieb zwar in Amt und Würden im Land, musste aber unzählige Angriffe von Stalinisten einstecken.

### Wenn es um Indizien geht . . .

Es ist nicht die Schuld der Bevölkerung, sondern des Systems, dass sie ihre Meinungen nicht in Abstimmungen und Wahlen mit Alternativprogrammen kundtun kann. Aber die Indizien der letzten Jahre zumindest zeigen, dass die Leute erstens allen Grund haben, ihr Regime zu hassen, und dass sie es zweitens auch tun. Womit sich nebenbei auch zeigt, dass man noch lange nicht dem polnischen Volk die Hand reicht, wenn man seiner Obrigkeit die Hand reicht. ■



Der Modernist:  
«Seit wann sind Sie Vertreter dieser Richtung?» — «Seit der Fleischverteuerung.» («Szpilki», Warschau, 26. November 1967)